

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Dr. Barbara Höll, Dr. Dietmar Bartsch, Roland Claus, Dr. Dagmar Enkelmann, Michael Leutert, Ulla Lötzer, Ulrich Maurer, Dr. Herbert Schui und der Fraktion DIE LINKE.

Mit mehr Gerechtigkeit die Krise überwinden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Konjunkturprogramm II reicht nicht aus, um die schwere Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Es ist sozial nicht gerecht, die öffentlichen Investitionen sind zu niedrig. Es leistet keinen wirkungsvollen Beitrag zur Belebung der Binnennachfrage. Mit einem Volumen von 25 Mrd. Euro im Jahr (ein Prozent des Brutto-sozialprodukts) wird das Programm den Herausforderungen der Krise nicht gerecht.

Die Bundesregierung bemüht sich nicht, zu einer gemeinschaftlichen Konjunkturpolitik in der EU zu kommen. Dies fördert nicht die Einigung Europas. Die Veränderungen in der Steuergesetzgebung begünstigen die hohen Einkommen und sind deshalb unakzeptabel.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Banken zu vergesellschaften, Finanzgeschäfte staatlich zu regulieren, Eigentumsrechte an die Belegschaften und Kommunen, Länder oder den Bund zu übertragen und die Bildung genossenschaftlichen Eigentums zu unterstützen;
2. Verhandlungen über ein neues Weltwährungssystem aufzunehmen, Spekulationen zu unterbinden, Steueroasen zu schließen und strikte Regeln für den internationalen Kapitalverkehr zu erlassen, die sozialen und ökologischen Anforderungen genügen;
3. für eine demokratische Neuordnung der Weltwirtschaft einzutreten, die soziale und ökologische Standards und Rechte für alle Länder garantiert;
4. Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu stoppen und rückgängig zu machen, durch den Ausbau öffentlicher Einrichtungen mehr Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe zu schaffen;
5. die Mitbestimmung der Belegschaften zu stärken und sie bis zu 49 Prozent an größeren Unternehmen – insbesondere, wenn diese staatlich unterstützt werden – zu beteiligen;
6. die Steuern auf hohe Einkommen und Gewinne anzuheben, untere Einkommen zu stärken, Bezüge von Rentnerinnen und Rentnern, Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II zu erhöhen;

7. zur Finanzierung der staatlichen Hilfsprogramme eine Millionärssteuer von fünf Prozent auf Privatvermögen von über 1 Mio. Euro einzuführen;
8. ab 2009 ein jährliches Programm von mindestens 50 Mrd. Euro für Investitionen in Bildung, Gesundheitswesen, Energiewende und Infrastruktur sowie zur Stärkung der Binnennachfrage aufzulegen;
9. Subventionen und öffentliche Gelder an die Industrie nur gegen Beteiligung zu bewilligen und Maßnahmen für den sozialökologischen Umbau der Industrie einzuleiten.

Berlin, den 27. Januar 2009

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Maßgeblich zur Weltwirtschaftskrise hat die Liberalisierung des internationalen Banken- und Gütersektors beigetragen. Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld darf nicht der Willkür privater Banken überlassen werden. Sie liegt im öffentlichen Interesse und ist deshalb in öffentlicher Verantwortung zu regulieren. Durch Privatisierung wird die öffentliche Daseinsvorsorge der demokratischen Kontrolle und Gestaltung entzogen, sie wird gewinnorientiert gestaltet. Unter dem Druck von Finanzinvestoren treffen Manager Entscheidungen, die allein kurzfristigen Interessen der Anteilseigner und nicht denen der Unternehmen, ihrer Beschäftigten und den das Unternehmen in Anspruch nehmenden Bürgerinnen und Bürgern dienen.

Mit der Politik der Privatisierung wurden öffentliche Einrichtungen, die dem Wohl aller Menschen dienen sollen, in profitgesteuerte private Unternehmen umgewandelt, für die der Profit das Wichtigste ist. Mit der Politik der Deregulierung wurden Regeln abgeschafft, die dem Schutz der Gemeinschaft und Einzelner vor dem Egoismus einer Gruppe von Vermögenden dienen. Mit der Politik der Flexibilisierung wurden den Menschen sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze genommen und in Leiharbeit und Minijobs verwandelt, von deren Lohn niemand in Würde leben kann.